



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

23.05.03

AGENDA 2010: Auswirkungen auf die Kommune

Presseerklärung

Die Agenda 2010 des Bundeskanzlers wird auch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Vorfeld des Sonderparteitages intensiv diskutiert. Um die anstehenden Veränderungen und die Auswirkungen auf lokaler Ebene zu erfassen, wird am Dienstag, den 27. Mai im Dortmunder Rathaus ein Ruhrgebietstreffen stattfinden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird es unter anderem darum gehen, der besonderen Situation einer von lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit betroffenen Region gerecht zu werden.

Das Ruhrgebiet ist eine Region, die sich seit Jahrzehnten im Strukturwandel befindet. Die alten Industrien Bergbau und Stahl verlieren seit Jahren dramatisch an Bedeutung, ohne dass es bislang gelungen ist, die Arbeitsplatzverluste soweit zu kompensieren, dass etwa der Landesdurchschnitt der Arbeitslosenquote erreicht worden wäre. Die Region zeichnet sich im Gegenteil städteunabhängig durch eine stets deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote aus. Auch andere Indikatoren, wie etwa die Sozialhilfekosten, zeigen das Ruhrgebiet als eine Region mit überdurchschnittlichen Problemlagen. Damit einher gehen Suburbanisierungsprozesse mit einer Häufung verschiedener Problemlagen in einzelnen Stadtteilen.

Die Neuordnung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sowie die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird Dortmund aufgrund seiner hohen Zahl an Arbeitslosen und Arbeitslosenhilfeempfänger härter treffen als die prosperierenden Regionen Deutschlands.

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Ein Anstieg von Menschen in der Sozialhilfe ist zu befürchten. Für diese Menschen darf der Bezug von Sozialgeld aber nicht zum endgültigen Aus werden, in dem ihnen keine Rückkehrmöglichkeiten in die Vermittlungsangebote der Job-Center eröffnet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen sich in dieser Auffassung durch einen Informationsaustausch mit VertreterInnen der lokalen Beschäftigungsinitiativen bestätigt, die deutliche Kritik an dem so genannten Hartz-Konzept formulierten. Diese bezog sich insbesondere auf die Vernachlässigung benachteiligter Zielgruppen und dem damit verbundenen Verzicht auf Qualifizierungs- und Bildungsträger, die sich vorrangig um diese Zielgruppen kümmern und über ein erhebliches Know-How verfügen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richten daher die Forderung an den Bund, sich aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik für diese Gruppe nicht zu verabschieden, sondern durch ein Programm für strukturschwache Regionen den Strukturwandel mit zu bewältigen.

Gleichzeitig vertreten wir die Auffassung, dass die aktuelle Reformdebatte auch genutzt werden sollte, Maßnahmen des 2.Arbeitsmarktes grundlegend neu zu durchdenken, um so genannte Drehtüreffekte zu vermeiden.

Daraus ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Fördergelder sollen zielgerichtet in strukturschwache Regionen fließen, wobei der Verteilungsschlüssel einheitlich anhand der Arbeitslosenquote, der Sozialhilfequote und der Steuerkraft zu berechnen ist.
- Die Zielgruppenförderung muss erhalten bleiben. Zu berücksichtigen sind dabei mit Vorrang Jugendliche und junge Erwachsene, ältere Erwerbsfähige, Alleinerziehende, Langezeitarbeitslose und MigrantInnen.
- Das kommunal finanzierte Beschäftigungsprogramm muss reorganisiert werden. Die Betreuung der kommunal finanzierten, nicht erwerbsfähigen Personen, hat sicherzustellen, dass dieser Personenkreis durch Profiling, Beratung und Reha-Maßnahmen dabei unterstützt wird, in Job-Center zu wechseln und dem Arbeitsmarkt damit langfristig wieder zur Verfügung zu stehen. Dabei müssen nach unserer Auffassung Förderketten durch aufeinander aufbauende Qualifizierungseinheiten entwickelt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diese Forderungen auch im Rahmen der vom Oberbürgermeister angekündigten Arbeitsmarktkonferenz im Juni vortragen und darauf drängen, dass es noch in diesem Jahr einen Ratsbeschluss zur Zukunft der Beschäftigungsförderung gibt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass von dem Ruhrgebietstreffen der Grünen Kommunalfraktion klare Anforderungen an die Bundesebene formuliert werden.